Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 31 (2011)

Heft: 61

Artikel: Herrschaft der Finanzmärkte : die Finanzkrise erfasst Wirtschaft und Gesellschaft

Autor: Bischoff, Joachim

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652191

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Joachim Bischoff

Herrschaft der Finanzmärkte

Die Finanzkrise erfasst Wirtschaft und Gesellschaft

Das internationale Finanzsystem und die Weltwirtschaft werden seit 2007 von einer schweren Krise beherrscht, die in wichtigen Aspekten mit der Großen Krise im ersten Drittel des 20.Jahrhunderts vergleichbar ist. Vordergründig stand das Finanz- und Bankensystem am Abgrund, weil die in den Jahren zuvor aufgepumpte Kredit- und Vermögensblase wegen der massiven Überschuldung von etlichen Finanzinstituten, privaten und öffentlichen Haushalten platzte. Die lapidare Wahrheit: Ein Teil dieser Kredit- und Vermögensblase stellt sich im Laufe des Jahres 2007 als immer weniger werthaltig heraus, weil zum einen die unterstellten Preissteigerungen bei den Anlagen nicht eintraten, zum andern die Schuldner ihre Schuldentragfähigkeit und Zahlungsfähigkeit überschritten hatten.

Vier Jahre nach dem Ausbruch der Immobilienkrise und der nachfolgenden Insolvenz von Lehman Brother stellt sich die Lage der Weltwirtschaft trotz einer zwischenzeitlichen Erholung weiterhin als äußerst fragil dar. Der deutsche Sachverständigenrat konstatiert m.E. zu Recht im Herbst 2011: „Die Weltwirtschaft befindet sich nunmehr in der dritten Phase einer jetzt schon vier Jahre währenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Ausgehend von der Immobilienkrise des Jahres 2007 in den Vereinigten Staaten, die mit einer stark gestiegenen Verschuldung der privaten Haushalte einherging, setzte sich eine Abwärtsspirale in Gang. Diese ging mit der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 in die zweite Phase über und bedrohte erst das Weltfinanzsystem und dann die Weltwirtschaft ernsthaft. Durch entschlossenes, gemeinsames Handeln der G20-Länder gelang es, eine Entwicklung ähnlich der 'Großen Depression' der 1930er Jahre abzuwenden (G-20 Gipfel, 2008). Die von den nationalen Regierungen der Industrie- und Schwellenländer ergriffenen Maßnahmen, wie die Stabilisierung der Banken und die Konjunkturprogramme, führten zu einer raschen wirtschaftlichen Erholung. Dies hatte allerdings seinen Preis: Die staatliche Verschuldung in den Industrieländern weitete sich massiv aus, teilweise sogar auf ein Niveau jenseits der langfristigen Tragfähigkeit. Nunmehr dominiert im Jahr 2011 und wahrscheinlich noch im Jahr 2012 ein Teufelskreis aus Staatsschulden- und Bankenkrise die wirtschaftliche Entwicklung." (Sachverständigenrat 2011, 26)

Stand 2008 schon die Zukunft des internationalen Finanzsystems auf der Kippe, ist die Lage nach Einschätzung vieler Experten drei Jahre später noch bedrohlicher: Die gesamte Weltwirtschaft ist in Gefahr. Die drohende Kernschmelze des Finanzsystems ist mit der Gefahr eines Abrutschens der Realökonomie verknüpft. Die Verhinderung des Flächenbrandes im Finanzsektor kann deshalb nur der Auftakt zu Maßnahmen sein,

die zur Lösung der Schuldenkrise und der Rekonstruktion des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses getroffen werden müssen. Dazu gehören eine Lockerung der Geldpolitik der EZB, eine Zinssenkung, eine Neuordnung des Währungssystems und eine Politik zur Stärkung und Umstrukturierung der gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesse. Die Zweifel wachsen, ob eine systemimmanente Korrektur noch zu schaffen ist.

*

Die Krise hat eine längere Vorgeschichte. Seit Jahrzehnten sehen wir eine massive Expansion von Vermögensansprüchen, von privaten wie öffentlichen Schulden im Verhältnis zur Realökonomie. Die massive Expansion der Vermögenstitel trifft auf ein dereguliertes Finanzsystem. Zugleich hat sich in der historischen Entwicklung des Kapitalismus die Herrschaftsstruktur von Finanzkapital und gesellschaftlicher Akkumulation verschoben.

Die kapitalistische Produktion hatte zu Beginn ihrer historischen Entwicklung mit dem zinstragenden Kapital (in Gestalt des Wuchers) zu kämpfen. Ist die kapitalistische Produktion etabliert, hört die Herrschaft des Geldkapitals über die Surplusarbeit auf. Denn das industrielle Kapital eignet sich den Großteil des Profits an und die jährliche Akkumulation wird von ihm bestimmt. Das Wachstum oder die Akkumulation des Geldkapitals und -vermögens bestimmt sich durch die von der industriellen Akkumulation geprägten Gesetze der politischen Ökonomie.

Bei den Krisendiagnosen in der Geschichte des Kapitalismus wird immer wieder ein Herzstück kapitalistischer Entwicklungsdynamik thematisiert: die Konkurrenz. Die Abstimmung von Produktion und Konsumtion vermittelt sich innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse über den Markt, d.h. sie ist nicht vorab festgelegt. Es existiert also keine proportionierte Produktion, sondern es gibt andauernd Abirrungen, Disproportionen, die sich als solche ausgleichen. Die beständige Bewegung der Ausgleichung setzt also selbst die beständige Disproportion voraus. Die Konkurrenz reguliert beständig diese Verteilung, wie sie sie ebenso beständig aufhebt.

Alle Versuche, über die Aufhebung der Konkurrenz die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation zu erfassen, können als gescheitert gelten. Auch Rudolf Hilferding stützt sich in der Theorie über das Finanzkapital auf die These, dass ein wachsender Teil des Kapitals in der Form von Banken und Aktiengesellschaften zu einer Aufhebung der Dynamik der Märkte führt. Er nennt „das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital. (...) Das Finanzkapital entwickelt sich mit der Entwicklung der Aktiengesellschaft und erreicht seinen Höhepunkt mit der Monopolisierung der Industrie.“ (Hilferding1947, 305 ff.) Die Finanzkapitalisten gewinnen

durch Einschränkung der Konkurrenz immer stärker die Verfügung über das gesamte nationale Kapital In Gegensatz dazu kann das Herrschaftsverhältnis des Finanzmarktkapitalismus nicht über die Aufhebung der Konkurrenz gefasst werden, weil damit selbst die Wertbewegung – und damit die Grundlage für die Erfassung der kapitalistischen Ökonomie – preisgegeben wird.

Seit gut zwei Jahrzehnten steht die industrielle Akkumulation unter der *Herrschaft der Finanzmärkte*: Das Finanzvermögen wächst viel rascher als das Wirtschaftsprodukt. Wir sprechen von der finanzgetriebenen Akkumulation. Man kann deshalb die Welt nicht hinreichend verstehen, wenn man sich nicht intensiv mit den Finanzmärkten und ihrer Dynamik beschäftigt. Strittig ist seit Jahren, weshalb und in welchem Umfang sich das Herrschaftsverhältnis zwischen industrieller Akkumulation und Akkumulation von Geldkapital verkehrt hat.

Wir haben es angesichts dieses Umschlages von Machtstrukturen nicht nur mit einer Kontinuität in der Entwicklung des Kapitalismus zu tun. Zu Recht stellt der Theoretiker der Geldakkumulation, Otmar Issing, fest: „Die nationalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer stärker miteinander verbunden, – 'integriert' worden. Weil dies für die meisten Länder zutrifft, kann man tatsächlich von einer zunehmenden Globalisierung der Finanzmärkte sprechen. Ausdruck der finanziellen Globalisierung ist ein deutlicher Anstieg der grenzüberschreitenden Finanzströme weltweit. Angetrieben wurde diese gestiegene De-facto-Integration im Wesentlichen durch den kontinuierlichen Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen und die Liberalisierung der nationalen Finanzmärkte – also eine stärkere De-jure-Integration der Finanzsysteme – sowie durch Fortschritte in der Informationstechnologie und die wachsende Verbreitung von Finanzinnovationen." (Issing 2005)

Diese finanzielle Globalisierung ist zuerst 2007 und dann erneut 2011 in einen tiefen Krisenprozess übergegangen. Issing anerkennt die Herausforderung: „Mit dem systemischen Risiko aus dem Zusammenbruch einzelner Institute macht die Finanzmarktkrise eine Dimension augenfällig, die über den Einbruch bei Wachstum und Arbeitslosigkeit hinausgeht. In der öffentlichen Erregung über Boni und milliardenschwere Rettungsmaßnahmen kommt mehr als Alltagsärger der Bürger zu Tage. Es geht um die Akzeptanz nicht nur freier Finanzmärkte, sondern der Marktwirtschaft schlechthin... Die Finanzmarktkrise rührt wie keine Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zuvor an die Grundlagen der Marktwirtschaft und einer freiheitlich orientierten Gesellschaft schlechthin. Allzu große Erwartungen richten sich jetzt an den Staat, der sich doch gerade in Deutschland – sagen wir einmal milde – nicht wirklich als der bessere Banker erwiesen hat." (Issing 2011)

*

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat den Bereich der ökonomischen Rationalität weit überschritten. Als der frühere griechische Ministerpräsident Papandreou im Parlament vor Abgeordneten seiner Partei für die Durchführung einer Volksabstimmung über das unter internationaler Beteiligung und Druck ausgehandelte Krisenpaket eintrat, erlebten wir wenig später „das Schauspiel einer Degeneration jener Werte und Überzeugungen, die einst in der Idee Europas verkörpert schienen". (Schirrmacher 2011) Zurecht macht Frank Schirrmacher darauf aufmerksam, dass es mittlerweile in der Verarbeitung und Auseinandersetzung mit der Großen Krise längst um mehr geht als um Fragen und Grenzen ökonomischer und finanzökonomischer Vernunft.

In vielen demokratisch verfassten kapitalistisch strukturierten Gesellschaften zeichnet sich wie im ersten Drittel des 20.Jahrhunderts eine „große Transformation" (Polanyi) ab. Im 21. Jahrhundert hat diese ein anderes Gesicht: Sie stützt sich auf ein neues Regime des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und wird von einer „Entkollektivierungs- bzw. Reindividualisierungstendenz" (Castell 2011) beherrscht, am ausgeprägtesten in neuen Formen der Arbeitsorganisation: „eine wachsende Individualisierung der Aufgaben, Mobilität der 'Mitarbeiter', ... die Anpassungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme" (ebd.) verlangt; *vernetzte* Arbeitsorganisationen ersetzen oftmals das Arbeits*kollektiv;* Arbeit in zeitweiligen Projekten. In diesem veränderten Regime und seiner aktuellen tiefen Krise bereitet sich auch bewusstseinsmäßig, ideologisch ein Umbruch vor: „Solche Prozesse laufen schleichend ab, sie tun ihr Werk im Halbbewussten, manchmal über Jahrzehnte, bis aus ihnen eine neue Ideologie entstanden ist. So war es immer in den Inkubationsphasen der großen autoritären Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts." (Schirrmacher 2011)

Ich sehe auch, dass die Epoche der Großen Krise eher die Rückkehr zum Vorurteil und rassistischen Ressentiment mit sich bringt. „Es wird immer klarer, dass das, was Europa im Augenblick erlebt, keine Episode ist, sondern ein Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen. Schon hat das Politische massiv an Boden verloren, was man daran erkennt, dass alle politischen Begriffe, die mit dem geeinten Europa verbunden waren, im Wind zerstoben sind, wie Asche. Aber der Prozess beschleunigt sich... Die angebliche Rationalität finanzökonomischer Prozesse hat dem atavistischen Unterbewussten zum Durchbruch verholfen. Dass man ganze Länder als faul und betrügerisch beschimpfen konnte, schien mit der Ära des Nationalismus untergegangen und vorbei. Jetzt ist dieses Gebaren wieder da, mit angeblichen 'Vernunftgründen' auf seiner Seite." (Ebd.)

Die Finanzmarktkrise erweist sich im engeren wie im weiteren Sinne als *Krise des Systems*. Das verbreitete Unbehagen richtet sich nicht nur gegen die Spekulation und Zockerei, die offenkundige Leichtigkeit, mit fremdem Geld reich werden zu können, und gegen die unzureichende

staatliche Regulierung und Kontrolle, sondern sie schlägt um in eine tendenzielle Ablehnung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der frühere Bundespräsident Horst Köhler griff (z. B. im Handelsblatt v. 29. April 2010) als ein führender Vertreter der politischen Klasse die entstandene Konstellation ziemlich frontal an und zwar in drei Punkten: Er kam erstens auf seine Einschätzung der Finanzmärkte als „Monster" zurück. Zwei Jahre zuvor hatte Köhler die Destabilisierung von ganzen Staaten und Gesellschaften angegriffen. Zweitens untergrabe der „Pumpkapitalismus" und die demokratische Ordnung der westlichen Staaten, warnte Köhler. Ohne eine straffe internationale Regulierung könne sich eine solche Finanzkrise wiederholen. Und drittens warf Köhler der Politik indirekt vor, sich zu stark den Lobbyinteressen zu beugen. „Die internationale Finanzindustrie und ihre Lobbyisten lassen offensichtlich nichts unversucht, um verabredete Maßnahmen zu verwässern. Zugleich geht das Wetten weiter, es bauen sich schon wieder neue Finanzblasen auf." (Ebd.)

Diese kritische Haltung gegenüber den Machtansprüchen der Finanzmärkte und die Ankündigung umfassender Regulierungen hat die Krisenkaskade nicht unterbrechen können. Eineinhalb Jahre nach Köhler greift der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Zusammenhang mit der Einbringung des Bundeshaushaltes 2012 die Verschuldung und die Metapher vom „Pumpkapitalismus" auf. (vgl. weltonline vom 6.9.2011) Er forderte die „mentale Abkehr" vom „extremem Pumpkapitalismus" der Vergangenheit. In den letzten 40 Jahren hätten sich die westlichen Industrienationen nahezu ausschließlich darauf konzentriert, Rezessionen zu verhindern. Infolge dieser Politik sei auch in Deutschland die Verschuldung auf zwei Bio. Euro angestiegen. Ein solches Verhalten habe weltweit zu einer „Aufblähung der öffentlichen Haushalte" und zu einem Vertrauensverlust in die Fähigkeiten der Politik geführt. Das Übermaß der Verschuldung sei eine der Hauptursachen für die „krisenhafte Zuspitzung" auf den Finanzmärkten.

Diese kritische Bewertung der Grundstrukturen von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der zurückliegenden Jahrzehnte aus den Reihen der politischen und wirtschaftlichen Elite provozierte auch die „Neue Zürcher Zeitung" zu folgendem Kommentar: „War Kapitalismuskritik bisher das natürliche ideologische Rüstzeug der Linken, so hat sie unterdessen liberale und konservative Zirkel erreicht. Die Demokratie sei in die Hände von Bankern, Medienmoguln und anderen Großkapitalisten gefallen, klagte der den Tories nahestehende 'Telegraph' in London. (...) Seit Finanzkrise und Euro-Debakel greift auch in staatstragenden Kreisen die Angst um sich, das Gift einer entfesselten Wirtschaft zersetze das moralische Fundament der Gesellschaft. Als Hauptschuldige für diese Entwicklung stehen die hypernervösen, von der Gier der Spekulanten angetriebenen Finanzmärkte am

Pranger. Die Ökonomie, so wird kritisiert, entmachtet die Politik. Der Staat dankt ab und überlässt das Feld den Geschäftemachern." (NZZ 8.10.2011)

In dem Leitartikel versuchen drei Argunente die These von der Versklavung von Gesellschaft und Politik durch die Finanzmärkte zu entkräften: Erstens, die ominösen Märkte, die Rating-Agenturen und die anderen Angegriffenen hätten die Politik nicht vor sich hergetrieben, sondern deren Spiel erstaunlich lange mitgemacht. Seit langem wäre beispielsweise die unzureichende Werthaltigkeit der Staatsanleihen aus Griechenland, Spanien und Italien ein offenes Gesprächsthema.

Zweitens häten die Märkte den Bekundungen der Politik länger vertraut, als dies ökonomisch vertretbar war. Dabei mag die Erwartung eine Rolle gespielt haben, die SteuerzahlerInnen würden am Schluss alle Rechnungen begleichen. Nicht weniger von Bedeutung war indes, dass die Akteure auf den Finanzmärkten offensichtlich an die Gestaltungsmacht der Politik glaubten. Und drittens zeige sich im Herbst 2011, vier Jahre nach Ausbruch der Großen Wirtschaftskrise, dass die Politik ihre Zusagen nicht einhalten kann. Sie habe keinen Masterplan für die Zukunft Europas und die grundlegende Reformierung der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften.

*

Die Macht der Finanzmarktakteure und Börsen motiviert mittlerweile auch einen spontane, breiten Protest. In der Bewegung „Occupy Wall Street" (vgl. Redaktion 2011) sammeln sich BürgerInnen, die aufgebracht über Willkür und Macht der Finanzindustrie sind. Hinter der auf andere Städte und Länder ausgreifenden Protestbewegung steckt die Einschätzung, dass mit den Banken gerade jene Unternehmen mit vielen Milliarden gestützt werden, die schon vor wenigen Jahren mit massiven öffentlichen Stützungsprogrammen vor der Insolvenz bewahrt wurden. Die Kritik und zaghafte Ansätze zur Regulierung haben weder die persönliche Bereicherung (Gehälter und Boni) noch die Risikokultur spürbar verändern können.

Ziel der Bewegung ist es, die Ausbeutung der Gemeinwesen durch die Finanzmafia, durch die Zocker, durch die oberen Zehntausend zu beenden. Die Diktatur der Finanzinstitute müsse beendet werden. Dazu bedürfe es auch weitgehender Veränderungen der ökonomische Bedingungen, gerade im Bereich des Eigentums bei großen Banken, aber auch bei großen Konzernen. Politisches Handeln gegen die Herrschaft der Finanzmärkte könne verdeutlichen, dass Wirtschaft für die BürgerInnen dazusein habe und nicht umgekehrt.

Literatur

Bischoff, Joachim, 2008: Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue Fesselung" des Kapitals. Hamburg

Bischoff, Joachim, 2009: Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie? Hamburg

Bischoff, Joachim, 2012: Die Herrschaft des Finanzkapitals. Politische Ökonomie der Schuldenkrise. Hamburg (i. E.)

Bischoff, Joachim / Deppe, Frank / Detje, Richard / Urban, Hans-Jürgen, 2011: Europa im Schlepptau der Finanzmärkte. Hamburg

Bischoff, Joachim / Detje, Richard / Lieber, Christoph / Müller, Bernhard / Siebecke, Gerd, 2010: Die Große Krise. Finanzmarktcrash – verfestigte Unterklasse – Alltagsbewusstsein – Solidarische Ökonomie. Hamburg

Castell, Robert, 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtstaat. Hamburg

Castell, Robert, 2011: Die Krise der Arbeit. Hamburg

Hilferding, Rudolf, 1947/1910: Das Finanzkapital. Berlin

Issing, Otmar, 2005: Die Geldpolitik der EZB im Spannungsfeld globalisierter Finanzmärkte. Hochschule für Bankwirtschaft. Rede des Mitglieds des EBZ-Direktoriums am 19. Januar, Frankfurt /M.

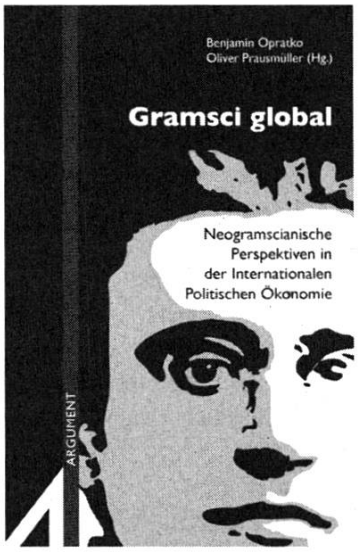
Issing, Otmar, 2011: Ist nach der Krise vor der Krise? In: Die Bank, Zeitschrift für Bankpolitik und Praxis, Heft 1

Klages, Johanna, 2011: Die Krise der Arbeitsgesellschaft. Robert Castels Analyse des Lohnarbeiterstatus. In: Sozialismus, Heft 10

Redaktion Sozialismus, 2011: Alte und neue Protestkulturen mit Zukunft. Ein Plädoyer für politische Lernprozesse. In: Sozialismus Heft 11

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2011: Verantwortung für Europa übernehmen. Jahresgutachten 2011/2012

Schirrmacher, Frank, 2011: Demokratie ist Ramsch. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.11.



256 S. · 19 € · 27,90 CHF [UVP]
ISBN 978-3-86754-310-1

Gramsci global

Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie:

Die aktuelle Krise des globalen Kapitalismus wirft grundlegende Fragen auf, die in der Disziplin der IPÖ schon lange kontrovers diskutiert werden. Wie lässt sich die globale Durchsetzung des neoliberalen Projekts verstehen? Was kennzeichnet das Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Ökonomie im neoliberalen Kapitalismus? Welche Brüche, welche Widersprüche lassen sich aufspüren, in die soziale Bewegungen und ihre organischen Intellektuellen eingreifen können?

Argument Verlag · verlag@argument.de ·www.argument.de